

Lothar Probst

# Deutschland und die Niederlande

**Angebot und Nachfrage verändern die Dynamik des  
Parteiensystems.**

29. November 2010

**NRW** School of Governance  
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

#### Redaktion

Matthias Bianchi, M.A.  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
matthias.bianchi@uni-due.de

#### Wissenschaftliche Koordination

Kristina Weissenbach, M.A.  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
kristina.weissenbach@uni-due.de

#### Sekretariat

Anita Weber  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
anita.weber@uni-due.de

#### Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

#### Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de  
NRW School of Governance  
Institut für Politikwissenschaft  
Lotharstraße 53  
47057 Duisburg  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de  
www.forschungsgruppe-regieren.de  
www.politik.uni-duisburg-essen.de

# Deutschland und die Niederlande: Angebot und Nachfrage verändern die Dynamik des Parteiensystems.

Ein Essay von Lothar Probst<sup>1</sup>

Die politische Entwicklung der Parteienlandschaft in den Niederlanden und in Deutschland scheint auf den ersten Blick paradigmatisch für die Veränderungen der Parteiendemokratien in vielen anderen europäischen Ländern zu sein. In der analytischen Einordnung dieser Veränderungen ist allerdings Vorsicht geboten: Obwohl sie ähnliche Merkmale aufweisen, gibt es doch häufig sehr spezifische Ausprägungen und Ursachen, die sich von Land zu Land unterscheiden können. Das gilt für die alpinen Länder, die skandinavischen Länder, die ostmitteleuropäischen Länder, aber auch für zahlreiche westeuropäische Länder wie Deutschland, die Niederlande, Belgien und Frankreich. Die südeuropäischen Länder wie Spanien, Portugal, Italien und Griechenland bilden ebenfalls eine eigene Ländergruppe. Vergleicht man die Entwicklung der Parteiensysteme in diesen Ländergruppen, stellt man zum Teil erhebliche Abweichungen voneinander fest. Die Frage, ob man bei aller Unterschiedlichkeit der Wahl- und Parteiensysteme sowie der gewachsenen politischen Kulturen und Traditionen dieser Länder gemeinsame Trends ausmachen kann, muss also analytisch sehr sorgfältig und differenziert untersucht werden (vgl. Probst 2009). Ein Beitrag, der sich zum Ziel setzt, insbesondere die Entwicklung der Parteiendemokratien Deutschlands und der Niederlande in den Blick zu nehmen, wird sich also auf die empirisch zu beobachtenden Phänomene in diesen beiden Ländern konzentrieren müssen, ohne sich jedoch darauf zu beschränken. Vor diesem Hintergrund beginnen die folgenden Überlegungen mit einigen allgemeinen Aussagen über die Veränderungen von Angebot und Nachfrage in vielen Parteiendemokratien Europas, um sie dann jeweils konkret auf den Vergleich zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden zu beziehen.

## **Veränderungen auf der Angebotsseite**

Betrachtet man die Angebotsseite, so lässt sich zunächst einmal feststellen, dass in vielen europäischen Ländern heute mehr Parteien erfolgreich am Parteienwettbewerb teilnehmen als früher, dass die Art des Parteienwettbewerbs und die Interaktionsmuster sich verändert haben und dass – in unterschiedlichem Maße – mehr systemdestabilisierende Akteure die Regierungsbildung im Sinne des *blackmail*-Kriteriums (vgl. Sartori 1976) beeinflussen. Am deutlichsten lassen sich die Veränderungen an der Situation der Volksparteien nachvollziehen, die ihre vormals stabilisierende Funktion als Ankerparteien des Parteiensystems verloren haben, zu mittleren Großparteien schrumpfen und immer seltener in der Lage sind, Koalitionen zwischen einer

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Lothar Probst ist Geschäftsführer des Instituts für Interkulturelle und Internationale Studien am Fachbereich 8 der Universität Bremen. Darüber hinaus leitet er dort den Arbeitsbereich Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung am Institut für Politikwissenschaft. Seine Schwerpunkte liegen im Bereich der Parteien-, Demokratie- und politischen Kulturforschung.

großen und einer kleinen Partei nach dem *minimum winning coalition*-Prinzip (vgl. Riker 1962) zu bilden. Parteiensysteme sind jedoch wie kommunizierende Röhren: der Niedergang bzw. das Schrumpfen der einen Parteien ermöglicht häufig den Aufstieg anderer Parteien. In den Niederlanden und in Deutschland verläuft dieser Prozess gegenwärtig noch nach einem anderen Muster.

Während in den Niederlanden seit der Fortuyn-Revolution (Reuter 2009: 251) neue politische Akteure das Parteiensystem aufmischen und zu kleinen oder größeren Mittelparteien heranwachsen, wird in Deutschland die Abwanderung von den Volksparteien von den bereits bestehenden Kleinparteien aufgefangen, die, je nach politischer Lage und Wahlkonstellation, inzwischen ebenfalls die Größenordnung kleinerer Mittelparteien erreichen. Bei der Bundestagswahl 2009 hatte die FDP in erheblichem Umfang Zulauf von Wählern der Unionsparteien, und seit einem halben Jahr sind die Grünen die Hauptnutznießer der Suche der Wähler nach einer Alternative zu den Regierungsparteien, aber auch zur SPD, der es seit dem Ende der Großen Koalition nicht gelungen ist, wieder richtig Fuß zu fassen. Obwohl also auch für Deutschland eine Abkehr der Wähler von den Volksparteien konstatiert werden kann, bleibt Deutschland in einer Beziehung bisher ein Sonderfall im Vergleich zu zahlreichen anderen Ländern Europas: rechtsextreme, rechtspopulistische oder Antiislam-Parteien konnten bisher auf nationaler Ebene aus verschiedenen Gründen keine durchschlagenden Erfolge erzielen.

Im Vergleich zu den Niederlanden spielen die Fünfprozenthürde, das den Parteaufbau sehr stark regulierende deutsche Parteiengesetz und die Möglichkeit zur „Denkzettelwahl“ (vgl. Völkl 2008) bei Landtagswahlen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Außerdem haben die Konkurrenzsituation unter den rechtsextremen Parteien, das Fehlen von integrierenden und charismatischen Führungspersonen sowie die mangelnde Ressourcenausstattung entsprechender Organisationen bisher durchschlagende Wahlerfolge verhindert (vgl. Decker 2003). Hinzu kommt, dass der antitotalitäre Konsens in der Bundesrepublik, der vor allem auf einer starken Abgrenzung vom Nationalsozialismus beruht, bisher immer noch wie eine immaterielle Hürde gegenüber dem Vordringen rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Parteien wirkt.

Auch in Bezug auf die Fragmentierung des Parteiensystems lassen sich die Niederlande und Deutschland nicht einfach über einen Kamm scheren. Die Entwicklung zu einem stärker polarisierten Mehrparteiensystem ist für Deutschland eine neue Erfahrung und Herausforderung; in den Niederlanden dagegen ist der Umgang mit einem fragmentierten Parteiensystem aufgrund des Verhältniswahlsystems ohne Sperrklausel viel weniger gewöhnungsbedürftig, weil schon früher regelmäßig bis zu zehn Parteien im Parlament vertreten waren. Auch neue Koalitionsformate mit drei Regierungsparteien in verschiedenen Farbschattierungen gibt es in den Niederlanden seit mehr als 16 Jahren, während in Deutschland solche Formate noch die absolute Ausnahme darstellen – sieht man von den begrenzten Erfahrungen in einigen kleineren bzw. weniger bedeutenden Bundesländern (Brandenburg, Bremen, Saarland) ab. Für die Niederlande ist nicht so sehr die Anzahl der Parteien im Parlament und die Regierungsbildung mit mehr als zwei

Parteien das Problem, sondern der Erfolg von „virtuellen“ Parteien wie der von Geert Wilders, weil dieser programmatisch den bisherigen Konsens in der Mitte des niederländischen Parteiensystems aufsprengt und herausfordert. Die „etablierten“ Parteien in den Niederlanden sind also gezwungen, auf solche neuen politischen Akteure und ihre Themenagenda zu reagieren und – sobald diese *blackmail*-Potenzial erreicht haben – zu entscheiden, ob man sie koalitionspolitisch integrieren will oder nicht.

### **Veränderungen auf der Nachfrageseite**

Die Dynamik und Veränderung in den Parteiensystemen Westeuropas wird aber nicht nur von den Parteien als Anbietern, sondern ganz maßgeblich auch von der Wählern und Wählerinnen als Nachfragern beeinflusst. Dabei haben wir es mit einem Paradox zu tun: Während auf der Angebotsseite immer mehr Parteien mit zum Teil deutlich voneinander abweichenden Profilen am Parteienbewerb teilnehmen, gehen auf der anderen Seite immer weniger Bürger zur Wahl. Ein wachsender Teil der Wähler hat sich zu Drop-Outs entwickelt, die sich vom System des Wählens verabschiedet haben. Dies sind vor allem Wähler aus Schichten, die sozial, kulturell und politisch kaum noch integriert sind und sich von den bestehenden Parteien nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlen. In einer globalisierten Wirtschaft mit ihren Wettbewerbsstrukturen haben viele gering qualifizierte Wähler nicht nur ihre früheren Arbeitsplätze verloren, sondern auch die Schutzfunktion, die der nationale Wohlfahrtsstaat in der Nachkriegszeit für diese Gruppen bereit hielt. Vor allem der Niedergang der sozialdemokratischen Parteien als Träger des nationalen Wohlfahrtsstaates hat mit diesem Phänomen zu tun, aber auch christdemokratische Parteien sind davon betroffen. Bei einem Teil dieser Wähler mischt sich die *exit*-Option mit der *voice*-Option (vgl. Ehrhart/Sandschneider 1994: 454). Wenn eine Partei oder Person in der Lage ist, mit einer emotionalisierenden Rhetorik die Befindlichkeit dieser Wähler anzusprechen, kehren sie ins System des Wählens zurück, um Parteien oder Personen ihre Stimmen zu geben, die das Versprechen bereit halten, ihre vom politischen *mainstream* vernachlässigten sozialen oder kulturellen Interessen auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn sich also das politisch-programmatische Angebot einer (neuen, nichtetablierten) Partei und die Nachfrage dieser Nichtwähler im Wartestand in einer bestimmten Konstellation decken, wird die elektorale Lücke wieder geschlossen. In eine solche elektorale Lücke können Parteien von rechts und links stoßen, wenn sie ein entsprechendes programmatisches Angebot machen, durch eine artikulationsfähige Integrationsfigur an der Spitze repräsentiert werden und ihre Botschaften mit Hilfe einer populistischen Rhetorik vermitteln können.

Das Gegenstück zu den Drop-Outs sind auf der Nachfrageseite die gebildeten, politisch-interessierten, flexiblen und mobilen Wähler, die zwar durchaus eine, wenn auch manchmal schwache Parteipräferenz haben, aber ihre Stimmabgabe vor allem von der Performance der jeweiligen Parteien bzw. Regierung abhängig machen und deshalb eher situativ und konstellationsbezogen wählen. Sie bilden das stark gewachsene Potenzial der Wechselwähler, die im Grunde zwischen den Parteien links und rechts von der Mittel hin- und herschwingen. Zugleich wachsen in der

gesamten Wählerschaft der Wunsch und die Bereitschaft, über Elemente der direkten Demokratie auf den politischen Entscheidungsprozess Einfluss zu nehmen, wenn das politische System entsprechende institutionelle Möglichkeiten bereitstellt. Volksbegehren und Volksentscheide werden in diesem Zusammenhang zu einer weiteren intervenierenden Variable des Regierungs- und Entscheidungsprozesses, auf die sich die Parteien einstellen müssen.

### **Die Parteien vor der Quadratur des Kreises**

Vor allem die bisherigen Volksparteien und ihr politisches Personal stehen angesichts der Veränderungen auf der Angebots- und Nachfrageseite vor Herausforderungen, die auf verschiedenen Ebenen enorme politische Reaktions- und Anpassungsleistungen an sich schnell verändernde Umwelten verlangen. Auf der elektoralen Ebene müssen sie dem Auseinanderfallen der Wählerschaften in Stammwähler, die ideologisch umhegt werden wollen, in außerordentlich sensible Wechselwähler und in gesellschaftlich desintegrierte Drop-Outs begegnen. Auf der Ebene des Parteienwettbewerbs sehen sie sich einem scharfen Wettbewerb entweder mit den bisherigen Kleinparteien oder neuen Vetoparteien ausgesetzt, und auf der koalitionspolitischen Ebene sind sie gezwungen, neue, zum Teil gewagte Bündnisse einzugehen, die politisch hochkontrovers sind und koalitionsintern ein ausgeprägtes Konflikt- und Krisenmanagement verlangen. Außerdem bewegen sie sich in einer medialen Umwelt, die die Politik permanent unter Handlungsdruck setzt und eine Entschleunigung politischer Entscheidungen de facto unmöglich macht. Als führende Regierungsparteien müssen sie zugleich der Komplexität des politischen Entscheidungsprozesses Rechnung tragen und Kompromisse schließen, die ihre Kernwählerschichten regelmäßig enttäuschen. Schließlich sehen sie sich mit Forderungen nach mehr direkter Einflussnahme durch die Wähler konfrontiert, durch die ihr Monopol auf politisches Entscheiden weiter aufgeweicht wird. Kurzum: Die Volksparteien und ihre Akteure stehen gewissermaßen vor der Quadratur des Kreises. Sie versuchen zwar durch interne und externe Professionalisierung, also durch moderne Organisationsstrukturen und modernes Politikmarketing in Wahlkämpfen, diesen Anforderungen gerecht zu werden – bisher allerdings ohne viel Erfolg. Vor diesem Hintergrund scheint die vielfach diagnostizierte „Vertrauens-, Repräsentations- und Legitimationskrise des Parteienstaates“ (Decker 2007: 20) unausweichlich zu sein.

### **Parteiendemokratie vor dem Ende?**

Ob man sich angesichts der skizzierten Krisenphänomene Sorge um die Parteiendemokratie machen muss, wird auch in der Politikwissenschaft kontrovers diskutiert. Seit den 1970er Jahren räsoniert man in regelmäßigen Abständen immer wieder über die Krise der Parteiendemokratie (vgl. Dittberner/Ebbinghausen 1973, Krockow/Lösche 1986, Decker 1999, Poguntke 1999). Dennoch hat sich die Parteiendemokratie in dieser Zeit bei allen Schwierigkeiten als vitaler und anpassungsfähiger an die neuen Herausforderungen erwiesen als manche Krisendiagnosen glauben machen wollten. Andererseits wäre es ein falsches Signal, einfach zur Tagesordnung überzugehen, da die Krisenphänomene eine andere Qualität erreicht haben als noch vor 30 Jah-

ren. Folgt man dem französischen Historiker Pierre Rosanvallon (2010) findet gegenwärtig eine „Revolution der Legitimität“ demokratischer Gesellschaften statt. Demokratische Gesellschaften zerfallen immer stärker in partikulare Interessengruppen und lassen sich kaum noch durch eine homogene Mehrheit in den Parlamenten repräsentieren. In der partikularen Gesellschaft handeln die Individuen ihre Identitäten und sozialen Bindungen ständig neu aus und befördern eine Krise der repräsentativen Institutionen. Deshalb wird Legitimität nicht mehr ausschließlich über Wahlen und den Parteienwettbewerb vermittelt, sondern es hängt von der Wahrnehmung und Responsivität der politischen Institutionen und ihrer Apparate ab, ob sie die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger angemessen repräsentieren können.

Rosanvallon hebt in diesem Zusammenhang drei Formen der Legitimität hervor, die moderne demokratische Gesellschaften gewährleisten müssen: eine Legitimität der Unparteilichkeit, der Nähe und der Reflexivität. Parteien spielen bei der Beschaffung dieser Formen der Legitimität seiner Auffassung nach nur noch eine Rolle unter anderen. In seinem Modell kommt vor allem den (Verfassungs-)Gerichten und Bürokratien eine besondere Aufgabe zu, für diese drei Formen der Legitimität zu sorgen. Sein Hinweis, dass die Legitimität des Regierens in Zukunft stärker von Begriffen wie Aufmerksamkeit, Fairness, Mitgefühl, Anerkennung und Respekt geprägt sein wird, könnte allerdings gerade für Parteien ein Schlüssel für eine Wiedergewinnung ihrer tragenden und unverzichtbaren Rolle in den Parteiendemokratien Europas sein.

## Literatur

**Decker**, Frank (1999): Parteien und Parteiensysteme im Wandel, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2, S. 345-361.

**Decker**, Frank (2003): Insel der Seligen? Warum deutsche Rechtspopulisten oft scheitern, in: *Internationale Politik* 4, S. 13-22.

**Decker**, Frank (2007): Parteiendemokratie im Wandel, in: Ders./Neu, Viola (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden, S. 19-61.

**Dittberner**, Jürgen/Ebbinghausen, Rolf (Hg.)(1973): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.

**Ehrhart**, Christof und Eberhard Sandschneider (1994): Politikverdrossenheit. Kritische Anmerkungen zur Empirie, Wahrnehmung und Interpretation abnehmender politischer Partizipation, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 25, S. 441-458.

**Krockow**, Christian Graf von/Lösche, Peter (Hg.)(1986): Parteien in der Krise. Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens. München.

**Poguntke**, Thomas (1999): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland: Von Krise zu Krise?, in: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik. Rahmenbedingungen - Entwicklungen - Perspektiven*, (PVS-Sonderheft 30). Opladen/Wiesbaden, S. 429-439.

**Probst**, Lothar (2009): Wird das deutsche Parteiensystem "europäischer"? Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems im europäischen Vergleich, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), *"Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung"*. Wiesbaden, S. 167-187.

**Reuter**, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum. Wiesbaden.

**Riker**, William H.(1962): *The Theory of Political Coalitions*. New Haven.

**Rosanvallon**, Pierre (2010): *Demokratische Legitimität: Unparteilichkeit, Reflexivität, Nähe*. Hamburg.

**Sartori**, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems*. Cambridge.

**Völkl**, Kerstin (2008): Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: Völkl, Kerstin/Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard/Gabriel, Oscar W: Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden, S. 9-36.